

Demokratien des Westens in Gefahr

Wenn Demokratie die Regierung durch das Volk und für das Volk "by the people and for the people" ist, dann haben die wirklichen Verhältnisse in den meisten Staaten der Welt, mit einer echten demokratischen Regierungsform nicht mehr viel gemeinsames

Der Volkswille ist nicht mehr "In"- er gerät ausser Mode

Die Entwicklung ist bedenklich, aber sehr reell- sogar in dem sich als demokratisch rühmende Westen ist neuerdings der Volkswille überhaupt nicht oder nur noch in bescheidenem Ausmass an der obersten Willens- bzw. Entscheidungs- Befugnis (der Souveränität) beteiligt. Zu dieser Beschränkung der Souveränität des Volkes bietet unsere moderne Gesellschaft neben der physischen Gewalt (Diktatur, Militär- und Polizei-Terror usw.) "sanftere", weniger sichtbare aber um so wirksamere Möglichkeiten.

Stichworte dazu sind:

ein übertriebener Multilateralismus;

weltweite wirtschaftliche und politische Machtzusammenballungen ("Lobby- und Pressure-Groups");

extreme Mediatisierung der politischen Information;

soziale und materielle Vermassung des modernen Menschen und schliesslich

eine sich rapid ausbreitende Entmythologisierung des Menschen in einer unlimitiert permissiven Ueberfluss- Gesellschaft (Materialismus statt Idealismus).

Ein umfassender Multilateralismus

Die internationalen Beziehungen sind heute geprägt durch einen umfassenden Multilateralismus, multilaterale bzw. supranationale Organisationen mit zunehmenden Kompetenzen auf allen Gebieten staatlichen Tätigwerdens. Multilaterale Vereinbarungen führen zu einer viel grösseren Einschränkung bzw. Abtretung von Souveränität als dies bei bilateralen Verträgen möglich ist. Zudem erfolgt das Kräftespiel innerhalb dieser Systeme meistens zu Lasten der kleinen Staaten, deren Stimme gegenüber den Grossen nicht entscheidend ist; demzufolge auch das Stimmvolk in diesen Ländern recht wenig zu den getroffenen multilateralen Vereinbarungen und zu den dadurch bewirkten Gesetzesänderungen zu sagen hat. Der Satz von "fremdem Recht" ist somit nicht nur ein Abstimmungs-Slogan aus dem Jahre 1992, sondern eine bittere, weit verbreitete Tatsache. Zum Beispiel das, was das Volk 1992 an EWR-Recht abgelehnt hat, ist inzwischen von Bundesrat und Parlament als Swisslex, ohne die Zustimmung des Volkes, in Kraft gesetzt worden.

Nutzlose Ratifikation

Bereits beim EWR, neuerdings auch inbezug auf die Gattverträge wird nicht nur uns, sondern in allen anderen Vertrags- Staaten gesagt, dass die Stimmbürger diese Verträge "tel quel" anzunehmen oder abzulehnen haben. Bei Ablehnung wird mit den schlimmsten Folgen gedroht. Den einzelnen Stimmvölker bleibt so nichts anderes übrig, als unbesehen das anzunehmen, was ihre Regierungen ausgehandelt oder von sich aus beschlossen haben. Ein Weg, der heute von vielen Regierungen benützt wird, die Mitsprache des eigentlichen Souveräns, des Stimmvolks, auszuschalten.

Die in diesem Zusammenhang, auch bei uns immer wieder geltend gemachte Ratifikationsklausel, wonach unterzeichnete Verträge dem Parlament und dem Volk zur nachträglichen Genehmigung zu unterbreiten sind, ist vom Standpunkt einer wirklich funktionierenden Demokratie, absolut wertlos! Diese Verträge hätten vor dem Abschluss der Verhandlungen und der Unterzeichnung dem Stimmvolk zur Stellungnahme und allenfalls Festlegung eines Verhandlungsmandats vorgelegt werden sollen.

Auch die blosser Genehmigung durch die Parlamente genügt nicht, weil sich Volksvertreter immer weniger ihren Wählern gegenüber verpflichtet fühlen; zudem ihrerseits von ihren Regierungen massiv unter Druck gesetzt werden. Ein bekannter schweizerischer Staatsmann sagen einmal, was man nicht direkt beim Stimmvolk herausholen könne, müsse man über den Weg internationaler Verträge hereinbringen. Nur damals ging es um beschränkte Gebiete, nicht so umfassende Änderungen der Gesetzgebung, wie sie von einem EWR oder dem Gatt bewirkt werden.

Oder, um ein anderes Beispiel zu nennen, sind die Verträge von Maastricht, welche die staatliche Ordnung von Grund auf ändern, weder in Deutschland noch in England dem Volk zur Genehmigung vorgelegt worden. Auch in Frankreich wäre die Regierung durchaus ermächtigt gewesen, eine Volksabstimmung auszuschliessen, wenn sich Mitterand nicht aus einem falschen wahltaktischen Kalkül heraus anders entschieden hätte.

Das zeigt, wie gross der Spielraum der Regierungen grosser Staaten im multilateralen Bereich ist, und warum modernes Völkerrecht die Genehmigung jeder multilateralen Abmachung durch die entsprechenden Stimmvölker zu einer zwingenden Vorschrift machen sollte. Dadurch würde eine multilaterale Vereinbarung inbezug auf Dauer und Glaubwürdigkeit gegenüber der blossen Unterschrift einer Regierung oder eines Parlaments, die einem ständigen Wechsel unterliegen, aufgewertet.

Nationale und weltweite "Lobby" und "Pressure-Groups"

Die modernen Kommunikationsmittel, eine intensive internationale wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Verflechtung, die äusserst komplexen, von einem einzelnen Menschen oder noch so perfekten Computern kaum mehr überblickbaren Zusammenhänge unserer Zeit, haben auf allen Ebenen menschlichen Tätigseins zu Einfluss- und Macht- Gruppierungen, angefangen von unserer guten alten "Vetterliwirtschaft" bis zu national und weltweit tätigen "Lobby- oder Pressure-Groups" geführt. Diese sind heute in der Lage, weit über die politischen und verfassungsmässigen Grenzen hinaus, die Geschicke einzelner oder ganzer Gruppen von Staaten zu beeinflussen und zu lenken. Sichtbar oder meistens getarnt, in alle massgebenden Kreise infiltriert, damit verschmolzen, vom "ordre publique" geduldet und geschützt (Italien) agieren sie besonders in allen Hauptstädten, am Sitz der wichtigsten internationalen Organisationen, insbesondere auch bei der EU in Brüssel und dem Gatt in Genf oder bei den Finanz-, Börsen- und Wirtschaftszentren rund um die Welt.

Entspricht es ihren Zielsetzungen, so ist es für sie ein leichtes, neben dem Druck auf Regierungen und Parlamente auch die Willensbildung beim Stimmvolk in ihrem Sinne zu beeinflussen. Je nach dem anvisierten Ziel werden sie mit finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen, aber auch politischen und nicht selten kriminellen Mitteln tätig - natürlich immer über vorgeschobene Kreise der Politik, der Verwaltung, der Bürger selber. Meistens bemühen sie sich, durch eine geschickte Werbung die Stimmbürger in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dank der exzessiven Mediatisierung sind diese "Pressure Groups" heute zweifellos zu einer der grössten Gefahren für das freie Funktionieren einer Demokratie geworden.

Den Stimmvölkern sollte deshalb inbezug auf Massnahmen zum Schutze ihrer politischen Rechte und die Ausarbeitung wirksamer strafrechtlicher Normen und Verfahren gegen diese "Pressure-Groups" national und weltweit ein entscheidendes Mitspracherecht (z.B. im Rahmen des Europarats oder einer neuen, vollständig unabhängigen und unkorruptierbaren Organisation mit einem eigenen weltweit anerkannten Statut) eingeräumt werden.

Mediatisierung der öffentlichen Meinung

Auffallend ist die in den letzten Jahren zunehmende Zahl von Bürgern, die bei uns und im Ausland bis kurz vor dem Abstimmungstermin nicht wissen, was sie stimmen sollen. Noch grösser ist die Zahl derjenigen, die gemäss den Befragungen im Laufe einer Abstimmungskampagne wiederholt ihre Meinung ändern. Die gleiche Unsicherheit manifestiert sich innerhalb der Parteien und bei

allen anderen für das Funktionieren einer Demokratie massgebenden Kreise.

Diese raschen Stimmungswechsel sind erst möglich geworden, seitdem die Medien, insbesondere Radio und Fernsehen, in der Lage sind, das Stimmvolk umfassend und täglich zu bearbeiten. Nicht nur im Sinne einer unparteiischen, möglichst vollständigen, wahrheitsgetreuen Information und Dokumentation, sondern leider sehr oft auch in Richtung der einen oder anderen These des Abstimmungskampfes: keine objektive Information, sondern vorgefasste Meinungen vermitteln, diese einhämmern oder subtil, getarnt als die einzige und vollständig unparteiische Wahrheit weitergeben.

Extreme Mediatisierung in der Schweiz

Aus Konkurrenzgründen sind die Printmedien mit wenigen Ausnahmen gezwungen, dem Beispiel von Radio und Fernsehen zu folgen. Je nach den Kreisen, welche die Medien finanziell, politisch oder mit irgend anderen Mitteln beherrschen, wird es für den einfachen Stimmbürger immer schwieriger, sich ein klares Bild über die zur Abstimmung gelangende Frage zu machen bzw. seinen Entscheid frei von irgendwelcher Beeinflussung, Einschüchterung und Irreführung zu treffen. Je mehr die einzelnen Regierungen diese Mittel anwenden, sich für ihre eigenen Vorlagen als Partei gebärden und mit manchmal sehr brutal zum Ausdruck gebrachten Drohungen operieren, desto mehr wird bei Völkern mit Tradition und Erfahrung in der direkten Demokratie Misstrauen und Opposition geweckt.

Die letzten Volksabstimmungen in der Schweiz seit dem EWR-Nein vom 6. Dezember 1992 zeigen dies deutlich genug. Bundesrat und Parlament und mit ihnen die Mehrheit der Medien, die sich auf ihre Seite stellten, haben das Vertrauen verloren und die Schweiz regierungsunfähig gemacht. Dabei hätte eine bloße Aenderung des Stils einzelner Bundesräte eine solche Entwicklung vermeiden können. Zum Glück verfügt das Stimmvolk vor allem in der Deutschschweiz noch über die geistige Kraft, Mut und Vernunft, die es braucht, um dem Druck und der Irreführung von oben zu widerstehen.

Wenn schon der Staat und die herrschenden politischen Kreise, die "classe politique", keinen Respekt für die verfassungsmässige Ordnung haben, dann können sie auch nicht dafür sorgen, dass sich die Medien an die in fast allen demokratischen Staaten bestehende gesetzliche Pflicht striktester Objektivität und Wahrheit in bezug auf die vermittelte Information halten. Dadurch entsteht die Gefahr der Verfälschung einer Abstimmung....und damit auch für das Funktionieren einer direkten Demokratie! Das dreimalige Nein vom 12. Juni 94 war eine deutliche Absage an solche Praktiken!

Die Vermassung der Menschen

Die Alpeninitiative zeigte, wie wichtig in einer Demokratie gegensätzliche Meinungen sind. Die Auseinandersetzung zwischen Umweltschutz, Lebensqualität und Eigenständigkeit einerseits, internationale Verkehrspolitik, Tourismus und regionale Interessen andererseits hat schliesslich dazu geführt, dass sich der Grundsatz der Verlegung des Gütertransports von der Strasse auf die Schiene auch bei unseren Nachbarn (so sagen sie) durchzusetzen beginnt.

Ebenso nützlich sind die ständigen Auseinandersetzungen zwischen Romands und Deutschschweizern solange beide Teile anerkennen, dass man in guten Treuen verschiedener Meinung sein kann und dass daraus sehr oft etwas neues, positives entstehen kann. Verschiedene Meinungen sind aber nur solange möglich als die Menschen ihre Andersartigkeit bewahren und weiter ausbauen können, weil letztlich nur verschiedenartige, einander ergänzende Teile ein harmonisches Ganzes zu bilden vermögen. Der Pluralismus ist so im Gegensatz zur Gleichschaltung und Gleichförmigkeit die Grundlage jedes demokratischen Systems! Dieser Pluralismus ist heute weltweit in Gefahr, weil unser wirtschaftliches System und die von ihm aus seinem Kosten- und Rentabilitätsdenken heraus geförderte Gleichförmigkeit das menschliche Wesen in seiner Ganzheit und allen seinen Ausdrucksformen zu erfassen vermag.

Gleichschaltung in der Politik

In der Politik wirkt sich die, vor allem von der amerikanischen Zivilisation geförderte Nivellierung in einem massiven Rückgang pluralistischer Meinungen und Zielsetzungen aus. Der kritische politische Sinn der Bürger stumpft sich ab, sie haben immer weniger verschiedenartige Meinungen und Zielsetzungen. Die Auseinandersetzung ist schwieriger, wenn nicht gar ganz ausgeschaltet und das Stimmvolk, wenn es überhaupt noch befragt wird, folgt dem, was ihm von Regierung und der herrschenden Schicht vorgeplappert (vorgeplappert) und von den Medien noch besonders mundgerecht gemacht wird. Zu was das führt haben wir bei all den totalitären Regimes einer nicht allzu fernen Vergangenheit gesehen und erleben das heute erneut bei der Mehrzahl der sich als Demokratien bezeichnenden Staaten.

Auch in unserem Lande sollte uns die steigende Zahl der Nichtbeteiligung an den Abstimmungen mit Besorgnis erfüllen. Viele Bürger haben eben keine eigene, auf jeden Fall keine gegensätzlich Meinung mehr oder sind nicht bereit sich für diese Meinung mit den anderen auseinanderzusetzen. Ja nicht auffallen, nicht "anecken", weil das zu unliebsamen Konsequenzen, besonders auch mit einem an den Prangerstellen in den Medien führen könnte. In zunehmendem Masse

wird dadurch unserem Lande, besonders bei den im aktiven Alter stehenden und auf einen beruflichen Erfolg angewiesenen Bürger, der Boden für die in einer direkten Demokratie besonders wichtigen Bereitschaft zur offenen und ehrlichen Auseinandersetzung entzogen.

Materialismus statt Idealismus

Die Entwicklung in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts hat zu einem Siegeszug des Materialismus gegenüber dem Idealismus geführt. Schuld daran ist zunächst der unheimlich rasche wissenschaftliche und technologische Fortschritt, der seit dem zweiten Weltkrieg im Vergleich zu den früheren Geschichtsperioden nicht nur in einer geometrischen, sondern in einer fast binomischen Potenz zugenommen hat. Oder vergleicht man die Zeit der ganzen geschichtlichen Entwicklung der Menschheit mit einem Tag in unserem Leben, dann sind mehr als 80% aller heute benützten Erfindungen und wissenschaftlichen Entwicklungen einige Minuten vor Mitternacht erfolgt.

Die moderne industrie-, insbesondere postindustrielle Gesellschaft konzentriert alle ihre Kräfte auf die naturwissenschaftliche, technologische, und wirtschaftlichen Entwicklung, somit auf rein materialistische Dinge. Materielle Fragen stehen im Vordergrund, wenn das auch keineswegs ausschliesst, dass vom wissenschaftlichen, besonders den Geisteswissenschaften her metaphysische Dimensionen berührt werden.

Die Folge dieser Entwicklung ist, dass wir alle irgendwie zunächst materialistisch ausgerichtet sind. Materialistische Zielsetzungen dominieren nicht nur die Mehrheit der zwischenmenschlichen Beziehungen, sondern vor allem auch diejenigen zwischen Völkern, Ländern und Staaten. Konflikte und Kriege entstehen in erster Linie zur Wahrung materieller Interessen, wenn ihnen auch ein idealistisches Mäntelchen umgehängt wird. Ein Vergleich der Intervention des Westens im Golfkrieg mit demjenigen in Bosnien ist dafür Beweis genug. Der moderne Mensch ist in der, dank wissenschaftlichem und technologischem Fortschritt, möglich gewordenen Ueberflussgesellschaft allzusehr nur mit dem Zusammenraffen materieller Genüsse beschäftigt.

Dieses Zusammenraffen erfolgt, trotz der Mahnung vieler Zeitgenossen, wie der Papst, andere Religionsführer, Philosophen, Dichter, Künstler uam., in einer moralisch unbegrenzten Permissivität und beängstigenden Rücksichtslosigkeit sich selber und anderen Menschen gegenüber. Die Mehrheit der Menschen, insbesondere auch die Jugend, bekundet deshalb wenig Interesse an nicht materialistischen Zielsetzungen. Diejenigen, die es tun, gehören entweder politi-

schen oder religiösen, fanatischen Gruppierungen an oder dann dem grossen Heer sich ratlos, ziel- und zuversichtslos durch ihr Leben quälender Menschen, die besonders im Westen für die bedenklich steigenden Selbstmordziffern und Drogensüchtigen verantwortlich sind.

Entmythologisierung der Menschen

Wie es Sbniew Brzezinski formulierte, leben wir in einer Zeit nach den grossen mythologisch-religiösen und idealistischen Geistesströmungen der Menschheit. In der Politik wirken sich diese geistige Leere und Permissivität auf die moralische Einstellung der Wähler, der Gewählten, auf die Parteien, die Regierung und die Verwaltung eines Landes aus.

Im Vordergrund steht das materialistische Ziel der Macht und der möglichst ungehinderten Ausübung dieser Macht. Alle Mittel von der Demagogie, über die Irreführung, der Korruption bis zur rohen Gewalt sind gut genug, um die gesetzten politischen Ziele zu erreichen. Demonstrationen, Aufruhr oder Revolten, sind heute auch in allen sogenannten demokratischen Länder zur gängigen Münze geworden. Bei den jeweils gestellten Forderungen geht es immer um das gleiche, wenn ihm auch verschiedene Namen angehängt werden: Macht(Mitspracherecht) und materielle Vorteile (mehr Lohn, weniger Steuern, soziale Sicherheit usw.usf.).

Von wirklich idealistischen Zielen (wie mehr Gerechtigkeit, Schutz der Armen und Schwachen, Solidarität unter den Menschen und Völker usw.) ist zwar viel die Rede aber recht wenig in Tat und Wahrheit zu sehen. Ein für das Funktionieren der Demokratie bzw. einer direkten Demokratie äusserst ungünstiges Klima. Es geht nicht mehr um das Regieren durch das Volk und für das Volk, sondern um das Regieren von und für Machtgruppen ausserhalb jeder demokratischen Ordnung.

Ausblick

Am 6.Juni, dem 50igsten Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie, sagte der amerikanische Präsident Bill Clinton "der Kampf für Freiheit und Demokratie geht weiter". Muss weitergehen, denn ohne eine wirklich funktionierende Demokratie kann es in keinem Land und auf der ganzen Welt keine Freiheit geben.

Dieser Kampf kann aber nicht nur mit der Waffe in der Hand geführt werden. Jeder von uns muss zunächst bei sich selber damit anfangen und sich wieder seiner Pflichten als Bürger bewusst werden. Der Friede unter den Völker und Staaten kann nicht verwirklicht werden, wenn wir nicht zunächst in unseren eigenen Ländern für ein einwand-

freies Funktionieren der Demokratie sorgen. Also hören wir auf, alle diejenigen, die zunächst national denken, als rückständig und für die Konflikte auf unserer Welt verantwortlich, anzuprangern. Nur über eine nationale Erneuerung der demokratischen Einrichtungen, die natürlich von Volk zu Volk variieren, können die Voraussetzungen für den Frieden zwischen den Nationen geschaffen werden!

Jetzt die direkte Demokratie stärken!

Alles, was dem Stimmvolk ermöglicht, seinen Willen politisch wirksam zum Ausdruck zu bringen, Regierung und Parlament zu überwachen und die Teilung der Gewalten zwischen Exekutive, Legislative und Justiz sicherszustellen, sollte gestärkt und nicht abgebaut werden. Das gilt auch von unserem verfassungsmässig verbrieften Initiativrecht, das neuerdings auf Vorschlag einiger Rechtsgelehrter eingeschränkt, wenn nicht gar abgeschafft werden soll.

Im Gegenteil, das Mitspracherecht des Volkes sollte gestärkt werden, wie z.B. die Beibehaltung und Stärkung des Ständemehrs, die direkte Wahl des Bundesrats durch das Volk, die Abberufung der die Interessen des Volkes nicht wahrenen Volkvertreter durch ein besonders gestaltetes Initiativrecht, die bessere Ueberwachung der politischen Information der Medien und eine strafrechtliches Schnellverfahren gegen die Tätigkeit der Lobby- und Pressure-Groups.

Die Vorgänge in Italien zeigen wie wie gefährlich die Konsequenzen des Nichtstuns sind. Schliesslich sollte im Westen, insbesondere in Europa ein Kodex der Regeln zur Sicherstellung des einwanfreien Funktionierens der Demokratie geschaffen und für dessen Einhaltung durch ein unabhängiges internationales Gericht und Sanktionen gesorgt werden. Ein viel wichtigere Aufgabe als die Schaffung eines grossen Markts, von dem ohnehin nur die grossen wirtschaftlichen Machtzusammenballungen und deren Lobbys profitieren. Was nützt schliesslich eine Menschenrechtskonvention, wenn sie in Staaten zur Anwendung gelangt, in welchen die Demokratie nicht funktioniert und es somit auch kein Freiheit gibt? (FW 17.06.94)